

Dresdner Volkszeitung

Volltextkonto: Dresden
Kaden & Comp., Nr. 1286

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Beleggeld mit den wöchentlichen Beilagen
nach der Arbeit und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10,
Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Proz. Rabatt. Für Briefbelegung 10 Pf.

Nr. 212

Dresden, Freitag den 11. September 1925

36. Jahrg.

Maskenrummel und Fememord

Der Soz. Pressedienst schreibt zu der Aufdeckung der nationalen Mordorganisation in Berlin:
Wochenlang dringen schon mehr oder minder verbürgte Nachrichten über bürgerliche Femeeorganisationen und deren Identitäten in Mecklenburg, in der Neumark und in der Mark Brandenburg an die Öffentlichkeit, ohne daß die Strafverfolgungsbehörden imstande oder willens waren, diese Geheime zu bestreiten oder zu dementieren. Als Ausgangspunkt dieser Meldungen und Berichte ist wohl der Schwermörderprozeß mit seinen vier Todesurteilen anzusehen, der das Problem der „bürgerlichen Feme“ und der Geheimorganisationen in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gestellt hat. Neben der „Weltbühne“, der ein zur Vernunft gemanneter ehemaliger Rechtsputzschiff erst in diesen Tagen hängendes Material über die Tätigkeit der „Schwarzen Reichswehr“ zur Verfügung stellte, veröffentlichte vor allem die „Kampfpresse“ allerlei Dinge, welche das Schwermörder Schwurgericht als Hof- und Staatsgeheimnisse in der Verfertigung erschwinden lassen wollte.

In dieses Netz von Gerüchten und mehr oder minder verbotenen Tatsachen, die alle mit der Feme zusammenhängen, gehört auch die Verhaftung des früheren Postamtmeisters Klapproth, die jetzt in Wesel auf Grund des Verdachtes der Mithäterschaft an der Ermordung des Leutnants Sand und an einem der Morde in den Kärntner Wäldern erfolgt ist. Diese Verhaftung und die Festnahme des wichtigsten Oberleutnants Hildebrandt sowie des Dr. Hübner und des Oberleutnants Schulz stehen somit in engem Zusammenhang mit dem ganzen Komplex des Fememordens, wie er in der letzten Zeit von der sozialdemokratischen und der demokratischen Presse aufgerollt worden ist. Wir haben jetzt also, ohne daß die Strafverfolgungsbehörden nur einen Finger zur Aufklärung der Öffentlichkeit erhellen haben,

Bericht einer Berliner Lokalkorrespondenz mit der Aufdeckung des „Ku-Klux-Klan“ in der Reichshauptstadt
verflochten worden. Infolgedessen liegt die Vermutung nahe, daß eine Verflechtung nur vorgenommen worden ist, um die Konfusion über die sehr ernstlichen Vorgänge zu vergrößern und die Femeeorganisation mit ihrem recht tragischen Hintergrund insofern ins Lächerliche zu ziehen, als man sie mit den Tollheiten des „Ku-Klux-Klan“ in einen Topf wirft. Die reaktionäre Presse hat in der Tat mit großem Geschick den ihr zugeworfenen Ball aufgefangen und berichtet ihren Lesern im Zusammenhang mit den Femegeschichten über das freimaurerisch-bürgerliche Theater der „Ku-Klux-Klaner“ mit schwarzen Tischtüchern, Kreuz, Bibel, Kriegsflagge, Schwert und Totenkopf. Dann leitet sie gewandt zur bürgerlichen Feme über, die sie als Kolportageroman, als Hundstogsphantasie und als Sensationsmacherei bezeichnet. „Nehmt man die Versteigerung in Form und Inhalt ab“, so schreibt z. B. die Deutsche Tageszeitung, „so bleibt nichts übrig wie eine recht belanglose Angelegenheit“.

So einfach dürften aber die Rechtsparteien von ihrem neuesten Kind, dem „Ku-Klux-Klan“, nicht loskommen! Dazu haben sie sich als die geistigen Väter dieses nationalstolischen Spuks schon zu sehr häusert. Der Polizeipräsident von Berlin stellte bei seiner Mithäterschaft mit den Pressevertretern am Donnerstag mittags doch allerhand Dinge fest, die als schwere Belastung für das „Reichswesen“ der „nationalen“ Jugend zu gelten haben. Der „Ku-Klux-Klan“ war mindestens ein Geheimbund und überliefert, wie sie die Volksobermannung durch Blätter vom Schloß des „Friedericus“ des „Hammer“ und anderer nationalstolischer Gassenblätter, die auf die iberischen Instinkte der herantretenden Jugend spekulieren, erzeugt. Die „Satzungen“ des „Ku-Klux-Klan“ sind zweifellos das Werk eines Mannes, der durch den „Volkswächter“ und durch den „Völkischen Kurier“ vergrößerte Wortfolge zu erfinden vermag. Vor- und Hin-Ritu-Unterricht, sowie Trummelredner, Totenschläger und S-Mantion sollten für die körperliche „Erziehung“ der Jungen sorgen. Der Aufbau des „Reichs“ ist den Vorgesetzten, die sich bekanntlich abdecken: in die „Dienstenden“, die Nichtswisser, die „Schiffen“, denen man gewisse Punkte des „Aktionsprogramms“ bekenntnis gibt, um sie bei der Stange zu halten, und in die „Wissenden“, die den ganzen Verein an der Spitze haben und mit ihren Jüngern dann nach Belieben Fememorde und ähnliche Scherze arrangieren können, wie es die „politische Lage“ eben erfordert. Der geheimnisvolle „Ritus“ maurerisch-bürgerlicher Art soll die „Moralen“ dann so gründlich in die Hand der Drahtzieher spielen, daß sie geborgene Instrumente der „Oberen“ werden. Man sieht: Deberstrumpf und Courth-Mädel in Ideal-Konfurrenz mit Pastor Strohschein und Lubendorff!

Vorläufig kann jedenfalls schon über die düstere Feme- und „Ku-Klux-Klan“-Geschichte gesagt werden, daß trotz den Verwicklungen gewisser Presse- und Korrespondenzbureaus weder die Plamange der Rechten, die sie mit ihrem unehelichen Haß deutsch, halb amerikanischen Kind erlerte, zu vertuschen ist noch die ernste Seite der Angelegenheit, die hinter der bürgerlichen Feme verborgen liegt, irgendwie unterschlagen werden kann. Auch dieser Fememord, der an Schrecklichkeit hinter den Unmenschen Gaormann, Dentke und Knaerstein nicht zurücksteht, wird seine Sühne finden! Wenn nicht durch den Staatsanwalt, dann durchs Volk!

Der englische Bergbau und das Problem der Staatssubvention

Von Tony Sender

Die ganze europäische Arbeitererschaft hat mit gespanntem Interesse den englischen Kohlenarbeiter-Konflikt, der zu einem großen Ausmaß zu werden droht, verfolgt. Zwar hat der Streik selbst verhindert werden können, doch muß der Art der Beendigung des Konflikts nicht minder das allgemeine Interesse des internationalen Proletariats beanspruchen. Darum sei der Verlauf hier kurz rekapituliert, die sich hieraus ergebenden Konsequenzen über den Rahmen von Großbritannien hinaus untersucht. Englands Bergbau erlebte seine höchste Blüte in der Nachkriegszeit in den Monaten der Ruhrbesetzung. In dem Maße aber, als auf dem Kontinent die Förderung wieder zunahm — Wiederherstellung der während des Krieges zerstörten Gruben Nordfrankreichs, Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrrevier — legte sich die Situation in England wieder zuspitzen. Konnte im Jahre 1923 noch ein Gewinn von 20,2 Millionen Pfund erzielt werden, so war diese Zahl bis 31. März 1925 bereits auf in etwa 6,2 Millionen Pfund zurückgegangen. Dabei war der hauptsächlichste Verlust durch den Rückgang der Kohlenausfuhr entstanden, die in normalen Jahren ein Viertel der englischen Produktion aufnahm. Nun ist sie aber im Juni dieses Jahres auf 2,7 Millionen Tonnen gegenüber 6 Millionen Tonnen im Jahre 1913 zurückgegangen. Zwei Drittel dieses Exportes gingen früher nach Deutschland, das heute kaum mehr die Hälfte seines früheren englischen Kohleneinfuhr aufnimmt. Entsprechend dieser Marktschwächung ist auch der Preis dauernd zurückgegangen, während die Produktionskosten sich nicht verminderten.

Im englischen Kohlenbergbau bestanden ganz eigenartige Lohnvereinbarungen. Demnach wurde den Arbeitern eines jeden Distrikts ein bestimmter Minimallohn, etwa in der Höhe des Postkriegslohnes, garantiert; von dem hiernach verbleibenden Ertrag erhielt der Unternehmer 15 Prozent des Standardlohnes als Standardgewinn. Hiervon wurden den Unternehmern die übrigen Produktionskosten erstattet, und bis hiernach noch ein Restgewinn, so wurde er im Verhältnis von 88:12 zwischen Arbeiter und Unternehmer verteilt. 88 Prozent erhielt die Belegschaft, 12 Prozent der Unternehmer. Aber es war garantiert, daß der Standardlohn des Bergarbeiters nicht weniger als Friedenslohn plus 33 Prozent betragen dürfe. Durch die ungünstige Marktschwächung wurde dieses Abkommen teilweise nicht mehr strikte eingehalten, und schließlich unternahm die Unternehmer einen Vorstoß gegen die ganze Regelung. Sie wollten nicht eine Lohn-, sondern eine Unternehmergewinn-Garantie und außerdem die Abschaffung der Siebenstundenschicht.

Die dies englischer Gesetgebung entspricht, hatte in diesem Konflikt die Regierung eine Kommission vorgeschlagen, die eine geeignete Lösung finden sollte. Und im Gegensatz zu den dürftigen Erfahrungen, die wir in Deutschland mit solchen Sachverständigen-Kommissionen bisher machten, pflegte in England solche Untersuchungen objektive Arbeit zu leisten. Die Kommission anerkannte die Forderung der Arbeiter, Minimallöhne zu erhalten, die den Unternehmern bestimmte Gewinne garantiert werden könnten; sie forderte ferner eine technische Verbesserung der Produktion und Herabsetzung der Transport- und Verteilungskosten.

Diese Vorschläge vermochten jedoch eine Beilegung des Konflikts nicht zu bewirken, es drohte die allgemeine Ausfuhr. Und da ist es bezeichnend, daß das konservative englische Kabinett zur Verhinderung dieses großen Kampfes eingriff und sich dagegen wandte, daß die Befragung der Industrie ausschließlich auf Kosten der Arbeiter erfolge. Dabei nicht verschwiegen werden soll, daß auf dieser Faltung der Regierung die zu erwartende starke Sozialität im nationalen wie internationalen Rahmen beizulegen haben mag. Das Mittel, mit dem die englische Regierung die Krise im Augenblick beilegte, war eine

Staatliche Subvention von zunächst 10 Millionen Pfund

die steht ihre endgültige Höhe noch nicht fest. Sie dürfte auf etwas mehr als das Doppelte kommen. Auf dieser Basis soll das alte Lohnabkommen weiter in Kraft bleiben, in dessen mit folgender Modifikation: Die Bergwerksbesitzer brauchen nicht mehr als 87 Prozent der Nettoerträge für Löhne zu verausgaben und behalten die restlichen 13 Prozent für sich. Sind jedoch die 87 Prozent nicht ausreichend zur vollen Lohnauszahlung, so wird die Differenz von der Regierung gedeckt. Damit übernimmt die Regierung sowohl die Garantie für das Lohnabkommen der Arbeiter aus dem Jahre 1924 wie auch diejenige für den Unternehmergewinn von 13 Prozent. Während der neun Monate, während deren das Abkommen Gültigkeit hat, soll eine Sachverständigen-Kommission die Lage des Bergbaus studieren und Sanierungsmaßnahmen vorschlagen.

Ohne Zweifel wird diese Regelung zunächst eine Wiederbelebung des englischen Kohlenmarktes und eine Ermäßigung der Preise, damit aber auch die Erleichterung der Konkurrenz auf den Auslandsmärkten zur Folge haben. Aber es wäre kurzatmig anzunehmen, daß mit dieser Lösung die englische Kohlenkrise überwunden wäre. Sie kann dies gar nicht sein, weil sie ja nur ein Teil ist der allgemeinen Weltkohlenskrise. Die Momente dieser Krise aber machen sich ja nicht nur in England geltend, sondern in ähnlicher Weise auf den übrigen europäischen Märkten, insbesondere auch in Deutschland, und sie hat hier zu jener berückelnden Fingabe des Ruhrbergbaues an die Reichsregierung geführt, auf die weiter unten noch zurückzukommen sein wird. Sie ist darauf zurückzuführen, daß die Kohle nicht mehr diese allein ausschlaggebende Bedeutung in der Wirtschaft hat, daß die fossilen Kohle, das Petroleum, sie in weitem Ausmaß verdrängt, so daß in der Schiffahrt beispielsweise die Dampfer schon ebenfalls neben der Kohlenfeuerung steht und ihr die Zukunft gehören dürfte. Weiter ist man in den letzten Jahren, mitgetrieben durch die Kriegsjahre, in starkem Maße an die Ausnutzung der weichen Kohle, den Ausbau der Wasserkraft, herangegangen, und schließlich tritt die Braunkohle als starker Konkurrent gegen die Steinkohle auf. Es ist schwerlich zu erwarten, daß diese Konkurrenz während der Abzögerung

Marokkorede Painlevés

P. Paris, 10. September. (Eigener Draht.) Auf einer Reise durch Elsass-Lothringen hat sich der französische Ministerpräsident Painlevé am Donnerstag in Straßburg aufgehalten. In einer Rede nahm er u. a. Stellung zu den Ereignissen in Marokko. Frankreich, so führte er aus, bis an die Grenze des Möglichen gegangen, bevor es zur Gewaltanwendung geschritten sei. Zusammen mit Spanien habe es den Abfahrlen Friedensbedingungen angeboten, die diesen Stämmen eine eigene Verwaltung im Rahmen der internationalen Verträge sicherten. Einen Monat lang hätten die Abgesandten Frankreichs Spaniens darauf gewartet, daß Abd el Krim von diesen Bedingungen Kenntnis nehme. Alles ohne Erfolg. Frankreich kämpfte in Marokko weder um zu erobern noch um unterdrücken. Es werde auch keinen Finger dreht werden, das ihm nicht durch die Verträge zuerkannt sei. Frankreich wolle lediglich das Werk der Zivilisation vollenden, das es in Nordafrika vollbracht habe. Man möge von der unwahrscheinlichen Annahme aus, daß es Marokko zu räumen gezwungen wäre, so würden auch in Algerien und Tunis Anarchie und Nord den Sieg feiern. Frankreich erfülle die Pflicht eines Kulturvolkes und werde in Zukunft mit seinen Gegnern von heute friedlich zusammenarbeiten.

Eine neue Offensive gegen Abd-el-Krim

P. Paris, 10. September. (Eig. Draht.) Die angekündigte große französisch-spanische Offensive auf der gesamten marokkanischen Front scheint nunmehr begonnen zu haben. Die Spanier haben nach den letzten geäußerten Verhandlungsverläufen in der Nähe der Hauptstadt des Rif, Abir, beträchtliche Truppenmengen an Land gebracht. Neben den Verlust der Hauptstadt bei Geballe läßt sich die Information aus Tinner folgende Angelegenheiten melden: Das spanische Expeditionskorps, bestehend aus 16 000 Mann auf etwa 100 Hilfsschiffen, hat von Ceuta aus drei Tage entlang der Küste manövriert, um auf diese Weise die Wachenlinie des Generals zu täuschen. Die vereinigte französisch-spanische Flotte, die die Landung deckt, hat die Küste an verschiedenen Punkten einer heftigen Beschießung unterworfen. Gleichzeitig mit den Truppen sind auch Tanks an Land gebracht worden. Die der Küste vorgelagerten Klippen hätten die Operation sehr erschwert, da diese zum Teil mit Dynamit gesprengt werden mußten. Bemerkenswert ist, daß bei diesen Operationen die Teilnahme der Franzosen sich lediglich auf die Unterstützung der spanischen Truppen durch die Flotte und Flugzeuge beschränkt hat. Die französischen Truppen sind also nicht in die spanische Zone eingerückt. Auch auf der französischen Front soll die Offensive begonnen haben. Hier soll von Agzou bis Melilla seit Tagen das Geschützfeuer andauern. Abd el Krim wird demnach von Norden durch die Spanier und von Süden durch die Franzosen angegriffen. Der Kriegsplan der Franzosen und Spanier scheint offenbar dahin zu gehen, den Ritttruppen zunächst die Verbindung mit dem Meer und damit die Zufuhr von Waffen und Munition abzuschneiden, um sodann durch einen vereinigten Vormarsch von Agzou nach Tiber die Ritttruppen zurückzuführen.